

# Libyen, Ägypten, Tunesien

## Volksaufstände in arabischen Ländern und ihre imperialistische Betreuung mit und ohne Krieg

In Nordafrika und auf der Arabischen Halbinsel entlädt sich der Volkszorn über elende Lebensbedingungen und eine brutale Staatsgewalt gegen die obersten Machthaber. Zwar richtet sich der Aufruhr gegen ganz unterschiedliche Herrschaften und fällt ganz verschieden aus. Aber hierzulande steht mehr und mehr fest: In allen Fällen sind Diktatoren an der Macht, die weg müssen. Der Aufstand in Libyen erfreut sich schnell westlicher Sympathien. Der libysche Staatschef, mit dem der Westen sich eine Zeit lang durchaus arrangiert hatte, ist den Ruf eines unberechenbaren Störenfriedes „unserer“ Ordnung nie richtig los geworden. Im Falle Tunesiens und Ägyptens brauchten europäische und amerikanische Politik und Öffentlichkeit dagegen ein paar Tage, bis sie den Völkern zu ihrem Aufstand gratulierten. Denn beide Diktaturen waren Bündnispartner des Westens, „Anker der Stabilität“ in einer „unruhigen Region“. Und der Aufstand gegen sie war gar nicht bestellt.

In keinem der drei Fälle ist die Verlogenheit des neu erwachten Mitgefühls für verelendete und unterdrückte Araber zu übersehen - genauso wenig wie der Auftragscharakter der humanistischen Grußbotschaften. Denn erstens sind die von den arabischen Massen für unaushaltbar erklärten Zustände keineswegs neu oder unbekannt. In Tunesien und Ägypten sind sie ja ein Ergebnis der entschiedenen Westeinbindung dieser Nationen, die damit geschäftlich und machtmäßig vorankommen wollen. Deren Führer haben ihre Völker auf Lebensumstände verpflichtet, die im wahrsten Sinne des Wortes Abfallprodukt der Nützlichkeit der beiden Nationen für ihre westlichen Verbündeten waren. Sei es der Export von Öl, Gas, Oliven oder T-Shirts, seien es Dienste für westliche Tauchtouristen, die Sicherung des Suezkanals oder die Unterordnung von Palästinensern unter israelische Ansprüche: Was „uns“ der Zugriff auf diese Dienste an Geld wert war, davon haben diese Nationen ihre Ökonomien und die Führungen den Aufwand für ihre Gewaltapparate bestritten. Daran haben im Land Wenige viel und die Allermeisten wenig bis gar nicht verdient. Den nötigen Einsatz der Staatsgewalt gegen streikende Arbeiter, hungernde Habenichtse, politische oder religiöse Opponenten haben die jetzt plötzlich so genannten Diktatoren immer gemeistert. Geld und Waffen dazu hatten sie ja aus dem Westen reichlich.

Zweitens ist unübersehbar, dass die Aufkündigung der Freundschaft mit den arabischen Despoten justament

auf den Zeitpunkt fällt, zu dem klar wird, dass sie sich nicht mehr an der Macht halten können. Wenn renitente Völker ihre Gefolgschaft wirklich aufkündigen und die von „uns“ so geschätzte „Stabilität“ zum Teufel gehen lassen - dann, ja dann können „wir“ tatsächlich nichts mehr mit ihren Herren anfangen. Dann heißen die Freunde von gestern plötzlich Despoten. Und wenn schon die westlich gesponserten Führungsfiguren angesichts ihres Machtverlusts bei ihren auswärtigen Förderern den Kredit verlieren, dann erst recht ein Gaddafi, dessen Macht „uns“ ohnehin nie ganz recht war, weil er aus den im Westen verdienten Öldollars eine alternative, gar nicht streng westlich orientierte Herrschaft aufbauen wollte.

Drittens braucht kein westlicher Journalist oder Politiker bei den Aufständischen in Tunis, Kairo oder Bengasi nachzufragen, was die eigentlich wollen und ob ein Wechsel ihrer Führung wirklich dazu angetan ist, ihre missliche Lage zu bessern. Die Völker in Tunesien und Ägypten werden aus den westlichen Führungszentralen gleich mit einem Auftrag versehen: Ihr Einsatz für Demokratie muss „stabile Verhältnisse“ nach westlichen Vorgaben hergeben. Der Despot muss weg, aber die Leistungen seiner Despotie für „uns“ müssen bleiben. Im Fall Libyen soll mit dem ungenehmen Herrscher auch gleich die ganze für „uns“ unberechenbare Herrschaft umgestürzt werden. Wer dabei wie viel Gewalt ausübt und Bomben schmeißt, darüber ist im westlichen Lager ein heftiger Streit entbrannt – der betrifft so ausgesucht humanistische Fragen wie die, welche der berufenen Aufseher-Nationen die Führung einer „Koalition der Willigen“ beanspruchen darf und unter ihresgleichen durchsetzen kann. Libyen ist offenbar ein Fall geworden, an dem noch ganz andere und viel wichtigere Streitpunkte ausgekämpft werden als die Frage, wer künftig über diesen Landstrich regiert.

Gegen die Vereinnahmung rebellierender Araber durch die westliche Öffentlichkeit und Politik; gegen die interessierte Interpretation der Aufstände als Ausdruck einer lobenswerten ‚Go west!‘-Gesinnung unter tunesischen Olivenpflückern, ägyptischem Stadtvolk und libyschen Beduinen – da bleibt also einiges aufzuklären. Nicht nur über die Lage in diesen Ländern und den Grund des Aufbegehrens, sondern auch über die Ordnungsansprüche imperialistischer Aufsichtsmächte, die ihre Vorstellungen von „Humanismus“ und „Demokratie“ mit Bombardements umsetzen.